

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	15
<b>B. Einführung in einzelne Begrifflichkeiten der Gesetzgebungstechnik</b> .....	23
I. Grundformen eines Gesetzes .....	23
II. Begriff und Abgrenzung einzelner besonderer Mittel der Gesetzestechnik ....	25
1. Verweisung .....	25
a) Einteilung nach dem Regelungsgehalt .....	26
b) Einteilung nach dem Verweisungsausspruch .....	27
c) Einteilungen im Zusammenhang mit dem Verweisungsobjekt .....	28
d) Einteilung nach dem Verweisungscharakter .....	29
2. Fiktion und gesetzliche Vermutung .....	29
3. Legaldefinitionen, Allgemeiner Teil und Verweisungen .....	30
III. Grad der Abstraktion, Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe .....	31
IV. Gesetzssystematik .....	33
<b>C. Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen</b> .....	36
I. Nationale Ausgangslage .....	36
II. Quellen europarechtlichen Einflusses und ihre nationale Umsetzung .....	37
III. Vergleich des Gesetzgebungsverfahrens .....	39
1. Das Gesetzgebungsverfahren beim Erlass des AGB-Gesetzes vom 9. Dezember 1976 .....	39
2. Das Gesetzgebungsverfahren beim Erlass des Gesetzes zur Änderung des AGB-Gesetzes und der Insolvenzordnung vom 19. Juli 1996 .....	42
IV. Vergleich der Gesetze nach ihrem äußeren Erscheinungsbild .....	43
1. AGB-Gesetz vom 9. Dezember 1976 .....	43
2. Gesetz zur Änderung des AGB-Gesetzes und der Insolvenzordnung vom 19. Juli 1996 .....	44
V. Analyse der Gesetzeslage im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen ..	45
1. Sprachliche Analyse .....	45
2. Terminologie .....	47
3. Besondere Mittel der Gesetzgebungstechnik .....	49
a) Legaldefinitionen .....	49
b) Verweisungen .....	51
c) Fiktionen/Gesetzliche Vermutungen .....	53
4. Grad der Abstraktion/Bestimmtheit .....	55

5. Systematik des Abschnitts zum AGB-Recht .....	56
a) Äußere Systematik .....	57
aa) Aufbau .....	57
bb) Strukturierung .....	57
(1) Strukturierung und Regelungsgehalt des § 307 BGB .....	57
(2) Strukturierung und Regelungsgehalt des § 310 BGB .....	59
(3) Die Regelungen zum Anwendungsbereich .....	63
(4) Zusammenfassung von Normen .....	66
(5) Stellung des § 306 BGB .....	67
b) Innere Systematik .....	67
aa) Persönlicher Anwendungsbereich und Schutzzweck des AGB-Rechts. ....	67
bb) Gegenstand des AGB-Rechts .....	68
(1) Auswirkungen des § 310 Abs. 3 BGB .....	68
(2) Bedeutung für den Grundsatz der Privatautonomie .....	69
(3) Transparenz der Abschnittsüberschrift der §§ 305 ff. BGB .....	71
cc) Kontrollmaßstab .....	72
dd) Anwendbare Vorschriften des AGB-Rechts bei Einmalbedingungen i.S.d. § 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB .....	73
ee) Einheitlichkeit der Terminologie .....	74
(1) Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	74
(2) Das Aushandeln der Vertragsbedingungen .....	76
6. Systematik im Gesamtzusammenhang des BGB – insbesondere die Stellung im BGB .....	78
VI. Gesamtfazit zur Untersuchung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedin- gungen .....	82
<b>D. Verbrauchsgüterkaufrecht .....</b>	<b>85</b>
I. Quellen des europarechtlichen Einflusses .....	85
II. Nationale Umsetzung und Ausgangslage .....	87
III. Vergleich des Gesetzgebungsverfahrens .....	90
1. Die Entstehung des BGB .....	90
2. Das Gesetzgebungsverfahren beim Erlass des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26. November 2001 .....	91
3. Fazit .....	93
IV. Das äußere Erscheinungsbild des Gesetzes zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26. November 2001 .....	95
V. Analyse der Gesetzeslage im Verbrauchsgüterkaufrecht .....	97
1. Sprachliche Analyse .....	97
2. Terminologie .....	102
3. Besondere Mittel der Gesetzgebungstechnik .....	103
a) Legaldefinitionen .....	103

b) Verweisungen .....	105
aa) Schlüssige Verweisungen .....	105
bb) Ausdrückliche Verweisungen .....	109
cc) Verweisungshäufung und Verweisungsketten .....	113
c) Fiktionen/Gesetzliche Vermutungen .....	114
4. Grad der Abstraktion/Bestimmtheit .....	114
5. Systematik des Abschnitts zum Verbrauchsgüterkaufrecht .....	118
a) Äußere Systematik .....	118
aa) Aufbau .....	118
bb) Strukturierung .....	118
(1) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 474 bis 477 BGB ...	118
(2) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 478, 479 BGB .....	122
(3) Unstimmigkeiten in Hinblick auf den Anwendungsbereich des Verbrauchsgüterkaufrechts .....	127
(4) Stellung einzelner Regelungen im Abschnitt zum Verbrauchsgüter- kauf .....	129
(5) Vorschlag für eine Strukturierung des Abschnitts zum Ver- brauchsgüterkauf .....	130
b) Innere Systematik .....	131
aa) Konzeptionelle Stimmigkeit .....	131
(1) Umsetzung des Verbraucherschutzgedankens, insbesondere die Handhabung des § 447 BGB beim Verbrauchsgüterkauf und die Regelung zur Fälligkeit in § 474 Abs. 3 BGB .....	131
(2) Die Ausgestaltung des Unternehmerregresses im Vergleich zum eigentlichen Verbrauchsgüterkauf – insbesondere die Unabding- barkeitsklauseln .....	136
(3) Die Stimmigkeit der Ausgestaltung der Rückgriffsrechte im Un- ternehmerregress .....	140
bb) Einheitlichkeit der Terminologie .....	141
6. Systematik im Gesamtzusammenhang des BGB und der Rechtsordnung ...	143
a) Stellung im BGB .....	143
b) Konzeptionelle Stimmigkeit im Zusammenhang des Kaufrechts .....	144
aa) Die Verjährungsregelung gemäß § 479 Abs. 1 BGB .....	144
bb) Unterlaufen des Rechts zur zweiten Andienung des Lieferanten durch § 478 Abs. 1, Abs. 2 BGB .....	147
cc) Nutzungersatzpflicht des Verbrauchers – Wertungswidersprüche durch § 474 Abs. 5 S. 1 BGB? .....	149
dd) Die Regelung der Fälligkeit in § 474 Abs. 3 BGB – insbesondere der Wertungswiderspruch zwischen Erfüllungs- und Nacherfüllungsan- spruch .....	153

c) Konzeptionelle Stimmigkeit im Gesamtzusammenhang des BGB und der Rechtsordnung im Übrigen .....	154
aa) Einschränkungen der Privatautonomie .....	154
(1) Anordnung zwingenden Rechts gemäß § 475 BGB .....	155
(2) Transparenzgebot, Informationsgebot und Formanspruch gemäß § 477 Abs. 1 bis 3 BGB .....	159
(3) Einschränkungen der Privatautonomie im Unternehmerregress – insbesondere die Anordnung eingeschränkter Unabdingbarkeit gemäß § 478 Abs. 4 BGB .....	164
bb) Die Beweislastumkehr .....	168
(1) Die Beweislastumkehr gemäß § 476 BGB .....	168
(2) Die Erstreckung der Beweislastumkehr gemäß §§ 478 Abs. 3, Abs. 5 BGB auf den Unternehmerregress .....	171
cc) Unternehmerregress und Rechtssicherheit .....	172
dd) Wertungswidersprüche durch die Regelung zum Fälligkeitszeitpunkt in § 474 Abs. 3 BGB .....	175
d) Einheitlichkeit der Terminologie .....	176
aa) Die Begriffe des Verbrauchsgüterkaufs, des Unternehmers und der Dienstleistung .....	177
bb) Der Begriff der Aufwendungen in § 478 Abs. 2 BGB .....	178
cc) Das Verbot des Sich-Berufens .....	179
dd) Die Umgehungsverbote gemäß §§ 475 Abs. 1 S. 2, 478 Abs. 4 S. 3 BGB .....	180
ee) Die Begriffe der gebrauchten und der neu hergestellten Sache .....	180
ff) Der Begriff des Lieferanten .....	181
gg) Der Begriff der Ablaufhemmung in § 479 Abs. 2 BGB .....	181
(1) Sehr weitgehendes Verständnis der Regelung des § 479 Abs. 2 S. 1 BGB .....	182
(2) Erfordernis des Weiterverkaufs an den Verbraucher bei noch laufender Verjährungsfrist .....	183
(3) Sehr eingeschränktes Verständnis der Regelung des § 479 Abs. 2 S. 1 BGB .....	185
(4) Fazit .....	185
VI. Gesamtfazit zur Untersuchung des Verbrauchsgüterkaufrechts .....	186
<b>E. Das Recht der besonderen Vertriebsformen und der Verbraucherverträge im Allgemeinen .....</b>	<b>192</b>
I. Quellen des europarechtlichen Einflusses .....	192
1. Vor Erlass der Verbraucherrechterichtlinie .....	192
2. Die Verbraucherrechterichtlinie .....	194
II. Nationale Umsetzung .....	194

III. Vergleich des Gesetzgebungsverfahrens	197
1. Das Gesetzgebungsverfahren beim Haustürwiderrufsgesetz vom 16. Januar 1986	197
2. Das Gesetzgebungsverfahren beim Umsetzungsgesetz zur Verbraucherrechterichtlinie vom 20. September 2013	198
IV. Vergleich der Gesetze nach ihrem äußeren Erscheinungsbild	199
1. Das Haustürwiderrufsgesetz vom 16. Januar 1986	199
2. Das Umsetzungsgesetz zur Verbraucherrechterichtlinie vom 20. September 2013	200
V. Analyse der Gesetzeslage im Recht der besonderen Vertriebsformen	201
1. Einzelanalyse der Normen	201
a) §§ 312–312k BGB	201
aa) Sprachliche Analyse und Terminologie	201
bb) Besondere Mittel der Gesetzgebungstechnik	205
(1) Legaldefinitionen	205
(a) Die Definition von Finanzdienstleistungen	205
(b) Die Definitionen der außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträge und der Geschäftsräume	205
(c) Die Definitionen der Fernabsatzverträge und der Fernkommunikationsmittel	207
(d) Die Definition der digitalen Inhalte	208
(e) Die Definition der öffentlich zugänglichen Versteigerung	209
(f) Definition des Vertrags im elektronischen Geschäftsverkehr	210
(2) Verweisungen	210
(a) Schlüssige Verweisungen	210
(b) Ausdrückliche Verweisungen	212
(c) Verweisungshäufungen und Verweisungsketten	214
(3) Fiktionen/gesetzliche Vermutungen	215
cc) Grad der Abstraktion/Bestimmtheit	217
(1) Bestimmtheit der Regelungen	217
(2) Kasuistik	220
b) §§ 355–361 BGB	221
aa) Sprachliche Analyse und Terminologie	221
bb) Besondere Mittel der Gesetzgebungstechnik	224
(1) Legaldefinitionen	224
(2) Verweisungen	224
(a) Stillschweigende Verweisungen	225
(b) Ausdrückliche Verweisungen	226
(c) Verweisungshäufungen und Verweisungsketten	230
cc) Grad der Abstraktion/Bestimmtheit	231
(1) Bestimmtheit der Regelungen	231

(2) Kasuistik .....	233
c) Fazit zur Einzelanalyse und Vergleich mit dem Haustürwiderrufgesetz ..	234
2. Systematik der Abschnitte in sich .....	237
a) Äußere Systematik .....	237
aa) Aufbau des Gesetzes .....	237
bb) Strukturierung der §§ 312–312k BGB .....	238
(1) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 312, 312a BGB .....	238
(2) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 312b – 312h BGB ..	240
(3) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 312i, 312j BGB .....	243
(4) Strukturierung und Regelungsgehalt des § 312k BGB .....	243
(5) Uneinheitlicher Anwendungsbereich .....	244
(6) Stellung des § 312h BGB .....	247
(7) Die Regelung von Informationspflichten und formalen Anforderun- gen .....	248
(8) Mehrfachregelungen .....	249
cc) Strukturierung der §§ 355–361 BGB .....	252
(1) Strukturierung und Regelungsgehalt des § 355 BGB .....	252
(2) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 356–356c BGB .....	256
(3) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 357–357c BGB .....	258
(4) Strukturierung und Regelungsgehalt der §§ 358, 359, 360 BGB ..	260
(5) Strukturierung und Regelungsgehalt des § 361 BGB .....	262
(6) Stellung des § 359 BGB .....	262
(7) Unübersichtliche Strukturierung, fehlende Untergliederung des Abschnitts .....	263
(8) Festlegung des Anwendungsbereichs einzelner Normen .....	267
b) Innere Systematik .....	268
aa) Das System der Ausnahmeregelungen .....	268
(1) Notariell beurkundete Verträge .....	268
(2) Reiseverträge .....	270
(3) Die Erlöschentatbestände des § 356 Abs. 4, Abs. 5 BGB .....	272
bb) Die Umsetzung des Verbraucherschutzgedankens .....	275
(1) Informationsflut .....	275
(2) Verschlechterungen für den Verbraucher .....	278
cc) Die Rechtsfolgenregelungen bei der Verletzung von Unternehmer- pflichten bzw. Vorgaben zum Vertragsschluss .....	282
3. Systematik der Abschnitte im Gesamtzusammenhang des BGB .....	283
a) Stellung in der Rechtsordnung .....	283
aa) Stellung im BGB .....	283
bb) Die nähere Ausgestaltung der Informationspflichten im EGBGB .....	285

b) Konzeptionelle Stimmigkeit .....	286
aa) Konsequenzen der Verletzung von Pflichten des Unternehmers .....	286
(1) Die „Button-Lösung“, § 312j Abs. 3, Abs. 4 BGB .....	287
(2) Die Regelungen zur Pflicht der Kostentragung, §§ 312a Abs. 2 S. 2, 312e BGB .....	292
bb) Das Verbraucherschutzkonzept und seine Auswirkungen auf den Grundsatz der Privatautonomie .....	293
(1) Hintergrund des Verbraucherschutzes bei den §§ 312 ff., 355 ff. BGB .....	294
(a) Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge .....	294
(b) Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr .....	296
(c) Verbraucherverträge im Allgemeinen .....	297
(2) Die einzelnen Verbraucherschutzinstrumente .....	297
(a) Informationspflichten und formale Anforderungen .....	297
(aa) Informationspflichten bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen .....	298
(bb) Informationspflichten bei den Verträgen im elektroni- schen Geschäftsverkehr .....	300
(cc) Informationspflichten bei Verbraucherverträgen im All- gemeinen .....	301
(b) Widerrufsrecht .....	303
(c) Inhaltskontrolle von Vereinbarungen .....	312
(d) Eingriffe in den Grundsatz der Relativität von Schuldverhält- nissen .....	316
(e) Das Erfordernis der Ausdrücklichkeit als neues Verbraucher- schutzinstrument .....	317
(f) Die Anordnung zwingender Wirkung .....	321
(3) Fazit .....	322
c) Einheitlichkeit der Terminologie .....	324
aa) Die Anordnung der zwingenden Wirkung und die Umgehungsverbote	324
bb) Verträge über die Lieferung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen, Verbrauchsgüterkauf .....	324
cc) Der dauerhafte Datenträger und die Textform .....	328
dd) Die Vorgaben zur Erteilung von Informationen .....	332
ee) Abweichungen von der etablierten Terminologie der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre .....	335
(1) Der Begriff der Bestellung .....	335
(2) Der Begriff der Vertragserklärung .....	337
(3) Das Erfordernis der Ausdrücklichkeit .....	339
4. Fazit zur Systematik der Regelungen .....	341
VI. Gesamtfazit zur Untersuchung des Rechts der besonderen Vertriebsformen und der Verbraucherverträge im Allgemeinen .....	348

<b>F. Die Verortung der Verbraucherschutzmaterien – Integration in das BGB, zahlreiche Sondergesetze oder ein Verbraucherschutzgesetzbuch? .....</b>	<b>350</b>
<b>G. Schlussbetrachtung .....</b>	<b>358</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>373</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>400</b>